

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köntigstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpragis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Gehms, Berlin D 27,
Magazinstr. 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Neue organisatorische Aufgaben.

1. Die Arbeiterinnenfrage.

Unser Verband besteht zu zwei Dritteln aus weiblichen Mitgliedern. Es ist ganz klar, daß diese Tatsache Beachtung erzwingt, und daß ihr unter allen Umständen Rechnung getragen werden muß. Es gibt eine große Reihe von Fragen, die in ganz besonderer Maße reine Frauenfragen sind — man denke etwa an die Stellung der verheirateten Arbeiterin mit ihren Sorgen, Schwierigkeiten und Anforderungen. Diese reinen Frauenfragen verpflichten nun unseren Verband mehr als sonst irgendjemanden anderen, sich mit ihnen in gedeihlicher Weise zu beschäftigen. Wenn das freilich geschehen soll, dann müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Die Frauen müssen die Möglichkeit haben, ihre ganz eigentümlichen weiblichen Angelegenheiten unbehindert zur Geltung zu bringen; es genügt nicht, daß in allgemeinen Mitgliederversammlungen, in denen im Weisheit auch der Männer in der Regel doch nur gemeinsame Berufsdinge besprochen werden, dann und wann spezielle Frauenfragen zur Behandlung kommen. Es liegt in der Natur der Umstände, daß ihnen bei solchen Anlässen nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die ihnen eigentlich ihrer inneren Bedeutsamkeit nach gebühren würde; immer wird man mehr oder weniger flüchtig über sie hinweggehen und sie für erledigt halten, sobald man nur einige Zeit über sie geredet haben wird.

Damit ist den Arbeiterinnen nur wenig gedient. Sie beanspruchen, daß man ihre besonderen Angelegenheiten und Bedürfnisse nicht nur beiläufig erledigt, sondern daß man ihnen mit gründlicher Sorgfalt nachgeht und sie mit dem Ernst behandelt, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Frauenfragen in ihrer ganzen Bedeutsamkeit, Tragweite und Wichtigkeit anerkannt werden. Wird dieser Anspruch der Arbeiterinnen berücksichtigt, dann bleibt das nicht ohne die günstigsten Folgen für das Verhältnis der Arbeiterinnen zum Verband; sie fühlen sich in ihm ganz geborgen- und völlig verstanden; aus innerer Reueigung und starkem gefühlsmäßigen Bedürfnis heraus sind sie Mitglieder des Verbandes. Nichts aber ist der Treue zum Verbande förderlicher als derartige gefühlsmäßige Bindungen.

Unter dem Einfluß dieser Erkenntnis hat der Hauptvorstand schon seit längerer Zeit darauf hingearbeitet, eigene Frauengruppen innerhalb der Gesamtorganisationen ins Leben zu rufen. In allen Filialen möchte er Arbeiterinnenkommissionen an Werke sehen, die sich ausschließlich der Behandlung der Frauenfragen widmen und sowohl die Ortsverwaltungen wie die Gauleitungen und schließlich auch den Hauptvorstand durch möglichst weit ausgestaltete Mitarbeit unterstützen. In diesen Arbeiterinnenkommissionen verschafft sich die Stimme der Frauen Geltung; in ihnen haben die Frauen das organisatorische Gebilde, das über keine rein weibliche Angelegenheit einfach zur Tagesordnung übergeht.

In diesen Arbeiterinnenkommissionen haben aber auch jene Verbandskolleginnen, die mit Lust und Fähigkeit zu öffentlicher und gewerkschaftlicher Wirksamkeit begabt sind, den Boden, auf dem sie zuerst in öffentlichem Auftreten sich versuchen, auf dem sie sich schulen und bewähren können. Aus den Arbeiterinnenkommissionen heraus sollen den weiblichen Verbandsmitgliedern jene Wortführerinnen und Funktionärinnen entstehen, die aus eigener Erfahrung und persönlichem Erlebnis wissen, was den Frauen frommt, und die innerhalb des Verbandes dazu berufen sind, die Wahrung der weiblichen Interessen in die Hand zu nehmen. Die Arbeiterinnen werden dem Verbande um so anhänglicher sein, je mehr Sachwalterinnen ihrer Angelegenheiten sie tätig wissen. Es sei kein Hehl daraus

gemacht, daß es als notwendig erscheint, weitaus mehr weibliche Kräfte in den unmittelbaren Diensten des Verbandes zu ziehen; in den Arbeiterinnenkommissionen soll dieser Nachwuchs herangebildet werden.

Diese Entwicklung sollte durch die vorzüglichen „Darlegungen des Arbeiterinnensekretariats vom 6. April 1922“ in die Wege geleitet werden. Es ist bedauerlich, daß diese Darlegungen so wenig praktische Ergebnisse gezeitigt haben.

Das muß — um der Zukunft des Verbandes willen — alsbald anders werden. Gauleitungen und Ortsverwaltungen müssen in der nächsten Zeit tatkräftig die Errichtung der Arbeiterinnenkommissionen betreiben. Das ganze Land muß, wie es in den Darlegungen vom 6. April heißt, „mit einem Netz von weiblichen Funktionärinnen überzogen werden“. Und alle diese weiblichen Funktionärinnen und Arbeiterinnenkommissionen müssen die engste Fühlung mit dem Arbeiterinnensekretariat des Hauptvorstandes aufnehmen; von hier erhalten sie Ratschläge und Auskünfte, hierher richten sie ihre Klagen und Beschwerden, hier ist die Stelle, die allen Frauenfragen das Gehör der Verbandsleitung zu verschaffen weiß.

Zu kraftvollem Leben werden trotz aller Bemühungen von Ortsverwaltungen und Gauleitungen diese Arbeiterinnenkommissionen freilich nur erstehen, wenn die Frauen selbst von der Notwendigkeit dieser Kommissionen überzeugt sind. Ortsverwaltungen und Gauleitungen können nur die Entstehung der Arbeiterinnenkommissionen in die Wege leiten (und sie werden es in den kommenden Monaten wohl überall tun); daß diese Kommissionen sich lebensvoll auswirken zum Vorteile der weiblichen Textilarbeiter, das ist Sache der Rührigkeit, Arbeitsfreudigkeit und Ausdauer der Frauen selbst.

2. Die Jugendfrage.

Es ist eine Lebensfrage jeder Organisation, von welcher Beschaffenheit ihr Nachwuchs ist. Es bleibt eine Wahrheit sowohl für den Staat wie für jede Organisation innerhalb des Staates: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“ Unser Verband wird um so lebenskräftiger sein, je stärker er die Jugend der Textilarbeiter in seinen Bann zu ziehen weiß. Wenn schon die jugendlichen Textilarbeiter in ein erges Verhältnis zum Verband gebracht werden können, dann wird er einen Stamm zuverlässiger und tätiger Mitglieder gewinnen, die durch keine Stürme der Zeit und durch keine Ungunst der Umstände dazu verleitet werden können, den großen Zielen des Verbandes abtrünnig zu werden.

Es darf ruhig eingeräumt werden, daß der Jugendfrage innerhalb der gewerkschaftlichen Verbände bisher zu wenig Augenmerk zugewandt worden ist. In der Zeit aufsteigenden Wirtschaftens vor dem Kriege und unter den besonderen Verhältnissen, die sich nach der Revolution herausbildeten, war der Boden für die agitatorische Wirksamkeit der Gewerkschaften günstig. Es ist indessen fraglich, ob in den bevorstehenden Tagen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Krisen diese Günstigkeit anhält; es ist allen Ernstes zu erwägen, ob nicht besondere Maßnahmen und Veranstaltungen getroffen werden müssen, um Bestand und Fortentwicklung der Verbände sicherzustellen.

Zu solchen Maßnahmen und Veranstaltungen besonderer Art gehört vor allem eine frisch zupackende Behandlung der Jugendfrage. Sämtliche Gewerkschaften sind der Auffassung, daß es für ihr Schicksal von unabsehbarer Wichtigkeit ist, sich den Nachwuchs zu erziehen.

(Schluß auf der 2. Seite)

Das Kabinett Cuno und die Gewerkschaften.

Die Wünsche der Industriellen, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Reichspolitik ausüben zu können, sind früher in Erfüllung gegangen, als viele es anzunehmen geneigt waren.

Das Kabinett Cuno ist ein ausgesprochenes Kabinett der Industrie.

Die Vertrauensleute der Stinnes, Klockner und Thyssen werden die Reichspolitik in Zukunft bestimmend beeinflussen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die sich aus Furcht vor der vereinigten Sozialdemokratie und als Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der Sozialdemokraten gebildet hat, trägt an dem Sturze des Kabinetts Wirth die Schuld. Sie hat damit den Industriekritikern in den Sattel geholfen. Diese Tatsache zeigt, was wir immer behauptet haben, daß das Bürgertum sich vollständig im Schlepptau derer um Stinnes befindet. Zentrum und Demokraten haben es verhindert, daß aus den bisherigen Koalitionsparteien ein Kabinett zustande kam. Sie haben bewußt auf ein Interessenkabinett der Industrie hingewirkt, um den Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung auszuschalten. Den Arbeiterwählern des Zentrum und der Demokraten ist damit ein neuer Beweis von der Treulosigkeit jener Parteien geliefert worden, die sie unterstützen. Es ist ferner ein Beweis dafür, daß diese Parteien so stark an das Kapital gekettet sind, daß sie vollkommen außerstande sind, ihre Wahlversprechen an die Arbeiterschaft halten zu können. Es ist vollkommen irrig, wenn behauptet wird, daß sich die Sozialdemokraten selbst um diesen Einfluß innerhalb der Regierung gebracht haben.

Die deutsche Volkspartei hat in den letzten Wochen alle Register gezogen, um die Regierung Wirth zu stürzen. Der Sturz der Regierung Wirth war die Folge jener Erpreßpolitik, die glaubte, unter dem Druck der außenpolitischen Situation Deutschlands die Sozialdemokraten zur Koalition mit der Deutschen Volkspartei zwingen zu können. Die Sozialdemokraten konnten unmöglich in der gegenwärtigen Situation, in der der schärfste wirtschaftliche Druck auf den Massen lastet, den Hauptschuldigen an diesem Zustand, den Schwerindustriellen, die Hand zum Bündnis zu reichen. Zumal sich einflussreiche Mitglieder der Deutschen Volkspartei an die Mitglieder der Reparationskommission, die kürzlich in Berlin war, heranschlangelten und denselben besondere Versprechungen machten, wenn das Ausland mithilfe, das Ministerium Wirth zu stürzen. Es konnte dies ferner um so weniger geschehen, als diese nicht bereit waren, vergangene Sünden wieder gutzumachen, um die Notlage der Massen zu mildern, sondern die Teilnahme an der Regierung erstrebten, um im Interesse der Schwerindustrie die Stabilisierung der Mark zu verhindern. Ihre Hauptforderung war deshalb die Beseitigung des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt.

Wäre trotzdem ein Zusammengehen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei erfolgt, so hätte das die Lage der Arbeiterklasse, die unbedingt eine Erleichterung braucht, erschwert und somit das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie erschüttert. Aber nicht nur das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie, sondern auch zur Republik.

Der einzige Aktiposten der Republik, die Treue der Arbeiterschaft, wäre damit gefährdet gewesen und damit die Republik selbst mehr, als es jetzt durch die deutschen Faschisten geschieht. Die Sozialdemokratie konnte demzufolge gar nicht anders handeln als sie gehandelt hat.

(Schluß auf der 2. Seite)

Die Marquise.

Skizze von Emile Zola.

I.

Die Marquise schläft in ihrem großen Bett hinter den schweren gelben Atlasvorhängen. Als die Uhr mit hellem Ton zwölf schlägt, entschließt sie sich die Augen aufzutun.

Das Zimmer ist lauwarm. Teppiche, Vorhänge an Türen und Fenstern machen es zu einem behaglichen Nest, in das die Kälte nicht eindringt. Angenehme Wärme und weicher Duft durchströmen es: ein ewiger Frühling.

Und kaum ist sie ganz erwacht, scheint sie von plötzlicher Sorge erfaßt. Sie wirft die Decken zurück und klingelt nach Julie.

„Gnädige Frau haben geläutet?“

„Sagen Sie, taut es?“

„O, die gute Marquise! In welchem Tone hat sie diese Frage gestellt. Ihr erster Gedanke galt der entsetzlichen Kälte, dem Nordwind, den sie nicht spürt; der aber eifrig über die armlastigen Hüften der Armen wehen muß. Und sie fragt, ob der Himmel sich erbarmt habe, ob sie es mit gutem Gewissen bei sich warm haben dürfe, ohne an all die zu denken, die vor Frost zittern.“

„Taut es, Julie?“

Die Jofe reicht ihr das leichte Morgenkleid, das sie am Kamin etwas angewärmt hat.

„O nein, gnädige Frau, es taut nicht. Im Gegenteil, es ist noch kälter geworden. Eben hat man auf einem Omnibus einen Erfrorenen gefunden.“

Die Marquise freut sich wie ein Kind; sie klatscht in die Hände und ruft:

„O feil! Dann kann ich heute nachmittags Schlittschuh laufen gehen.“

II.

Julie zieht behutsam die Vorhänge zurück, damit das helle Licht nicht allzu plötzlich die empfindlichen Augen der entzückenden Marquise trifft.

Der bläuliche Schimmer des Schnees erfüllt das Zimmer mit heiterem Licht. Der Himmel ist grau; aber von so hübschem Grau,

daß der Marquise ihre perlgraue Toilette einfällt, die sie gestern Abend beim Ball im Ministerium trug. Das Kleid war mit ganz weißen Spitzen besetzt, genau wie die Schneestreifen, die sie jetzt auf den Dachstufen unter dem fahlen Himmel bemerkt.

Sie war gestern Abend mit ihren neuen Diamanten ganz entzückt gewesen. Um fünf Uhr ist sie erst zu Bett gekommen. Jetzt sieht sie vor einem Spiegel, und Julie hebt die blonden Haarwellen hoch. Der Friseurmantel gleitet herab, und ihre Schultern entblößen sich bis auf den Rücken hinunter.

Eine ganze Generation schon ist im Anblick dieser Schultern alt geworden. Seitdem, dank einer mächtigen Staatsgewalt, heitere Frauen sich dekolletieren und in den Tuilleries tanzen dürfen, hat sie ihre Schultern durch die Wirbel der offiziellen Salons spazierengeführt mit einer Ausdauer, die sie zum lebendigen Aushängeschild der Reize des zweiten Kaiserreichs macht. Sie mußte der Mode folgen, ihre Kleider bis zu den Hüften oder bis zu den Brustspitzen ausschneiden; mußte die Arme, Grübchen um Grübchen, sämtliche Schätze ihres Nieders auskletern, das wollüstige Wappen des Reiches.

III.

Die Schultern der Marquise zu beschreiben, ist natürlich überflüssig. Sie sind Gemeingut wie der Pont-Neuf (belebte Pariser Brücke). Achzehn Jahre lang gehörten sie zu den öffentlichen Schaupielern. Sieht man im Salon, im Theater oder sonstwo nur ein kleines Stückchen dieser Schulter, so kann man hören: „Ah, da ist ja die Marquise! Ich sehe das schwarze Mal an ihrer linken Schulter.“ Uebrigens sind es sehr schöne, weiße, volle und aufreizende Schultern. Die Blide einer ganzen Regierung sind darüber gegolten und haben ihr größeren Glanz verliehen, gleich jenen Steinfliesen, die die Füße der Menge mit der Zeit glänzend schleifen. Wäre ich ihr Gatte oder ihr Liebhaber, lieber füsste ich den von den Händen der Wittsteller abgenutzten Kristallknopf an der Tür zum Arbeitszimmer eines Ministers, als daß ich mit meinen Lippen diese Schultern berührte, darüber der heiße Atem des galanten Paris gegangen ist. Denkt man an die viel tausend begierlichen Blicke, die um sie herum aufgezuht sind, so fragt man sich, woraus die Natur sie geschaffen haben mochte, daß sie nicht verwittert und abgebröckelt sind, gleich den nackten Statuen in den Gärten, deren Gestalt Wind und Wetter zerfressen.

Die Marquise hat ihr Schamgefühl beiseite gelegt. Sie hat aus ihren Schultern eine öffentliche Einrichtung gemacht. Und wie tapfer hat sie für die Regierung ihres Herzens gekämpft! Immer in der vordersten Reihe, überall zugleich, in den Tuilleries, bei den Ministern und Hofschätzern und bei den einfachen Millionären, mit einem Lächeln hat sie Unschlüssige zurückerobert. Ihr Abasterbusen stützt den Thron; in Tagen der Gefahr entkühlt sie kleine verborgene Winkel, die überzeugender wirken als alle Rednerkünste und entscheidender als Soldatendegen zu drohen vermochten; um eine Stimme an sich zu reißen, ist sie bereit, sich das Hemd zu zerreißen, bis selbst die widerspenstigsten Glieder der Opposition die Waffen gestreckt hätten.

Stets aber sind die Schultern der Marquise unberührt und siegreich geblieben. Sie haben eine Welt getragen, ohne daß eine Falte den weißen Marmor verunziert hätte.

IV.

Am Nachmittag — Juliens Hände haben ihre Schuldigkeit getan — ist die Marquise in einem entzückenden polnischen Kostüm Schlittschuh laufen gegangen. Sie läuft wundervoll Schlittschuh.

Im Bois (Pariser Wäldchen) herrscht eine Hundekälte, der Nordwind weht prickelnd um die Nase und Lippen der Damen, als würde feiner Sand ihnen ins Antlitz geschleudert. Die Marquise lacht; es macht ihr Spaß, zu frieren. Ab und zu ging sie zu den Kohlenpfannen, die am Rande des kleinen Sees standen, und wärmte sich die Füße. Dann kehrte sie in die eifige Luft zurück und glätt wie eine Schwalbe, die am Boden streicht, über die weite Fläche.

Wie schön und wie gut, daß es noch nicht taut! Die Marquise wird noch die ganze Woche Schlittschuh laufen können.

Auf dem Heimwege hat die Marquise in einer Seitenallee ein kleines armes Weib gesehen, das habtot vor Kälte an einem Baum lehnte.

„Die Arme“, hat sie verstimmt gemurmelt.

Und da der Wagen zu rasch fuhr und die Marquise ihre Börse nicht gleich finden konnte, hat sie der Unglücklichen ihren Blumenstrauch zugeworfen, einen Strauß weißen Flieder, der sicher seine fünf Goldstücke wert war.

Die Bestrebungen der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit können nur erfolgreich durch die Abführung eines Stundenverdienstes an die Verbandskasse bekämpft werden!

Inhalt: Neue organisatorische Aufgaben. — Das Kabinett Cuno und die Gewerkschaften. — Der Wucher mit Kohle und Eisen. — Frauen als Schöpferinnen und Geschworene. — Die Wirtschaftslage der Textilindustrie. — Kommunizierter Betriebsrätekonferenz. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Zur Beachtung! — An die Verbandskassen (Gedicht). — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Die Marquise.

Neue organisatorische Aufgaben (Schluß)

Die arbeitende Jugend muß sofort, wenn sie in das Arbeitsverhältnis eintritt, gewerkschaftlich erfasst werden; von allem Anfang an muß sie daran gewöhnt werden, es für selbstverständlich zu halten, daß der Arbeiter lebensnotwendigerweise auch zugleich Gewerkschaftler zu sein hat.

Freilich hat die Jugend ihre eigenen Lebensgesetze, die der beachtet werden müssen, der die Jugend gewinnen will. Jugend ist frisches, strebendes, noch werdendes Leben; Jugend will Ideale, will Ziele und Betätigungen, an denen sich das Gemüt erwärmt und das Herz begeistert. So wichtig Lohnbewegungen sind, so sind sie doch kein Gegenstand, der die Jugend fesseln und befriedigen könnte. Wenn sich das ganze Gewerkschaftsleben in Lohnbewegungen erschöpft, dann wird die Jugend dieses Gewerkschaftsleben flach, öde, nüchtern finden; es wird nicht imstande sein, die Jugend anzuziehen und festzuhalten. Aus diesem Grunde haben bei der Behandlung der Jugendlichen die Gewerkschaften die Bedürfnisse der Jugend zur Richtschnur zu nehmen. Seit langem schon haben sich Kirchen, nationalistische Vereinigungen, bürgerliche Interessengruppen darauf verstanden, der Jugend das zu bieten, was sie will, wonach sie sich sehnt; daß sie der Sehnsucht der Jugend Rechnung trugen, brachte ihnen dann immer auch großen organisatorischen Gewinn.

Unser Verband muß Wert darauf legen, daß die Textilarbeiterjugend innerhalb seines Rahmens das gleiche Verständnis findet, das ihr im bürgerlichen Lager entgegengebracht wird. Damit die Jugendfrage ersprießliche Förderung erfährt, hat unser Hauptvorstand ein Jugendsekretariat eingerichtet. In den Jugendgruppen, die in allen Filialen demnächst ins Leben zu rufen sind, soll sich unsere Jugend nach ihren Bedürfnissen und berechtigten Forderungen ausleben. Vorträge, Kurse, Führungen, Lehrfilme sollen der allgemeinen Fortbildung und der sachlichen Berufsvorbereitung dienen, sachkundige Anleitung zur Bibliothekbenutzung unterstützen jene, denen ihre geistige Selbstvervollkommnung ein ernstes Anliegen ist; gemeinsame Wanderungen werden das tiefe Verlangen des modernen Menschen nach der Natur befriedigen; sportliche Veranstaltungen nützen der Körperpflege; musikalische Unterhaltungen veredeln den Geschmack und geben der Geselligkeit eine edle und würdige Form.

Wir zweifeln nicht daran, daß sich an allen Orten Lehkräfte finden lassen, die zu Vorträgen bereit sind; nach solchen Lehkräften muß gesucht werden. Dabei muß sich der Jugendleiter bzw. die Jugendleiterin bewähren, die auf Veranlassung der Ortsverwaltungen in den nächsten Wochen zu wählen sind; je feiner ihre Spürnasen sind und je besser sie die Jugend verstehen, desto erfolgreicher werden ihre Bemühungen sein, die Jugend zu sammeln. Was unter geschickter und glücklicher Leitung möglich ist, zeigt die Ortsverwaltung Augsburg. Hier besteht eine Musikkapelle der Textilarbeiterjugend; unter einem tüchtigen Dirigenten, der Einzelunterricht erteilt und Zusammen spielen führt, hat diese Kapelle einen Grad von Leistungsfähigkeit erreicht, der höchsten künstlerischen Ansprüchen Genüge tut. Die Bildung eines Streichorchesters ist in Vorbereitung; die Einführung einer Sängergesellschaft wird erwogen. Bei Festlichkeiten, ersten und späteren Gelegenheiten, tritt die Kapelle in Tätigkeit; bei der Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitags in Augsburg erntete sie reichen Beifall.

Solche Einrichtungen entfalten geradezu magnetische Wirkungen; sie ziehen nicht allein die Jugendlichen an, sondern fesseln auch die Erwachsenen enger an den Verband, sie sind gewissermaßen ein wertvoller Kern, für dessen Erhaltung alle Verbandsmitglieder Sorge tragen.

Die Tätigkeit der Verbandsjugendgruppe kann verbreitert werden, wenn an den einzelnen Orten Jugendkartelle sich bilden, in denen die gesamte gewerkschaftliche Jugend sich vereinigt und zusammenarbeitet. Von diesen Jugendkartellen her kann das gesamte gewerkschaftliche Leben eine sonnige, gemütsarme Note empfangen; umgekehrt wird es der Erfolg dieser Jugendgruppen sein, daß die Jugend sich wahrhaft wohl und heimisch innerhalb der Verbände fühlt.

Wir wissen es gut genug, daß den Gauleitungen und Ortsverwaltungen eine Fülle neuer Aufgaben daraus erwächst, daß nunmehr überall die Arbeiterinnenkommissionen und Jugendgruppen gegründet werden müssen. Wir vertrauen jedoch darauf, daß die Notwendigkeit der Durchführung dieser neuen Aufgaben allerorts eingesehen wird. Mit dieser neuen organisatorischen Aufbauarbeit wird Zukunftssarbeit im besten Sinne des Wortes geleistet. Wir hoffen, daß diese Aufbauarbeit nirgends versäumt und verzögert wird; mag auch der Anfang schwer und mit mancher Unerquicklichkeit verknüpft sein, so werden sich diese Beschwernisse gerade an den Gauleitungen und Ortsverwaltungen am segensreichsten lohnen; denn eben zur Unterstützung der Gauleitungen und Ortsverwaltungen werden aus Arbeiterinnenkommissionen und Jugendgruppen eine Fülle brauchbarer, fähiger Hilfskräfte erstehen. Darum frisch ans Werk.

Es trönt das sterbliche Menschengeschlecht im düsteren Weltgetriebe Mit einem himmlischen Augenblick der Tod nur und die Liebe.

Euer Verlangen geht danach, von außen her so viel Schönes und Gutes und Angenehmes an euch zu bringen, als eben möglich. Aber ich behaupte, die wahre, die rechte Lust ist diejenige, welche nicht von außen kommt, sondern welche man als innerstes, wesenhaftes Leben seiner erkennenden Natur hat. Nicht eins mit dem Genusse ist die Lust. Rob. Hamerling.

Das Kabinett Cuno und die Gewerkschaften (Schluß)
Dem Kabinett Wirth war in seinem Wirken durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages eine starke Schranke gesetzt. Obwohl wir oft der Meinung waren, daß bei einem entschiedenen Willen, im Sinne der Forderung der Arbeiterschaft, hätte mehr erreicht werden können, so erkennen wir doch ohne weiteres an, daß es wiederholt gegen die wirtschaftspolitischen Forderungen der Industrie Stellung genommen hat. Dadurch hatte sich ja das Kabinett Wirth und vor allem das Wirtschaftsministerium den Haß der Industrie zugezogen. Die Industrie zog deshalb in der letzten Woche alle Register, um das Kabinett Wirth zu Fall zu bringen.

Daß in wirtschaftlicher Beziehung ein vollständiger Systemwechsel eintreten wird, zeigt schon die Tatsache, daß der Staatssekretär Dr. Hirsch auf Wunsch der Industriellen beseitigt wurde. Mit dem Kabinett Cuno ist jeder Widerstand gegen die Wünsche und Forderungen der Industrie und der Agrarier gefallen. Das Kabinett Cuno wird das Regierungssteuer vollkommen auf rechts einstellen. Es wird sich die Wünsche der Industrie zu eigen machen. Die Namen Cuno, Dr. Beder usw. bürgen im besonderen hierfür.

Für die Gewerkschaften ist dieser Systemwechsel außerordentlich bedeutsam. Die Erfüllung der Forderungen derer um Stinnes, Klöckner und Thyssen sind in greifbare Nähe gerückt; nämlich die Beseitigung des gesetzlichen Achtstundentages. Die Industriellen

**Wir gehn jahrausendlang in dumpfen Ketten,
Und lächeln doch und atmen in die Lenze,
Und glauben an das endliche Erretten.**

beden vollkommen die Forderung Stinnes, die darauf hinausläuft, für 10 bis 15 Jahre, den zehnstündigen Arbeitstag einzuführen und die Leistung von Mehrarbeit ohne besondere Vergütung zu verlangen. Die Demokraten und das Zentrum haben genau so erbitterte Gegner des Achtstundentages in ihren Reihen wie die Deutsche Volkspartei. Die Gothein und Dernburg sowie Stinnes, Thyssen, Klöckner unterscheiden sich in dieser Frage um kein Haar voneinander.

Durch den Kabinettswechsel ist das Schwergewicht des Kampfes außerhalb des Parlaments verlegt worden. Die Regierung und das Reichsparlament bieten

keine Stütze mehr für die Erhaltung des gesetzlichen Achtstundentages.

Cuno hat sich in seiner Programmrede recht diplomatisch zu der Frage des gesetzlichen Achtstundentages geäußert. Er sagte: „Als wirtschaftliche Notwendigkeit ist aber bereits auch anerkannt, daß das Arbeitsrecht gesetzlich, und zwar unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag, unter Zulassung gesetzlich begrenzter Maßnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege geregelt werden muß.“ Dieser Satz läßt die ganze Frage offen. Er ist so zurechtgedreht, daß er jeder besonderen Auffassung Rechnung trägt. Gerade weil sich Cuno so diplomatisch ausgedrückt hat, ist die Gefahr um den gesetzlichen Achtstundentag doppelt groß geworden. Die Einschränkungen, die Cuno gemacht hat, lassen ohne weiteres zu, daß den Forderungen der Industrie vollkommen Rechnung getragen wird. Es steht dem nichts im Wege, daß der Achtstundentag auf behördliche Maßnahmen hin auf Jahre hinaus inhibiert werden kann. Wie ganz anders klang dagegen die Erklärung des Wirtschaftsministers Robert Schmidt auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress, als er sagte, daß unter allen Umständen am Achtstundentag festgehalten werden muß und daß die sozialdemokratischen Regierungsvertreter keine Stunde mehr im Amte bleiben könnten, wenn an dem gesetzlichen Achtstundentag gerüttelt werden würde.

Unsere Kollegenschaft muß jetzt alle Kräfte aufbieten, um den Bestrebungen der Industrie, die in der neuen Reichsregierung eine starke Stütze finden, erfolgreich entgegenzuwirken. Wir sagten schon, der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages

wird im offenen Wirtschaftskampf entschieden

werden. Um diesen Kampf siegreich zu bestehen, gilt es, alle Vorbereitungen zu treffen. Diese Vorbereitungen können nur darin liegen, daß die Kollegenschaft in Zukunft größere Opfer gegenüber ihrer Verbandskasse bringt, als wie dies bisher der Fall gewesen ist. Der Kampf kann nur siegreich dann bestanden werden, wenn wir in der Lage sind, auch den schwersten Kampf finanziell durchhalten zu können. Es liegt also an der

Opferwilligkeit der Kollegenschaft,

ob der achtstündige Arbeitstag, uns erhalten bleibt, oder ob auch in dieser Frage die Stinnes und Konsorten triumphieren. Stinnes hat offen ausgesprochen, was der Arbeiterschaft in Zukunft blühen soll:

Mehr Arbeit ohne Bezahlung!

D. h.: Die Industrie will sich fernerhin in noch höherem Maße auf Kosten der Arbeiterschaft bereichern. Wenn dies nicht eintreten soll, dann muß endlich allenthalben der Grundsatz zur Durchführung gelangen, daß

ein Stundenverdienst als Beitrag

an die Verbandskasse abgeführt wird. Diejenigen Kollegen, die sich zu diesem Grundsatz nicht bekennen, schädigen die Organisation in der empfindlichsten Weise. Sie schädigen sich und die gesamte Arbeiterklasse. Aus diesen Gründen heraus muß mit Argusaugen darüber gewacht werden, daß die wiederholten Beschlüsse des Verbandes allent-

halten Beachtung finden. Die Kollegen dürfen nicht vergessen, daß mit der zunehmenden Teuerung die Verwaltungsausgaben mit jedem Tage höher werden. Passen wir die Beitragszahlung nicht diesen erhöhten Ausgaben an, dann wird die Verbandskasse geschwächt, und die unausbleibliche Folge ist, daß die wirtschaftliche Kampfführung darunter leidet.

Die Industrie wird nicht nur bestrebt sein, den achtstündigen Arbeitstag zu beseitigen, sondern sie wird auch gleichzeitig dahin wirken, daß die

Reparationskosten lediglich auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden. Die Folge davon ist eine fortgesetzte Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse.

Wären wir bisher schon nicht in der Lage, die Löhne entsprechend der Teuerung zu erhöhen, so wird dies fernerhin in einem noch höheren Maße der Fall sein. Wir müssen deshalb auch reger für die Verbesserung der Lohnbedingungen wirken als bisher. Aber auch hier entscheidet nur die Stärke unserer Organisation. Nicht allein die numerische Stärke, sondern die Mittel, die uns zur Kampfführung zur Verfügung stehen. Es liegt vollkommen in der Hand der Textilarbeiterklasse selbst, ob sie in Zukunft die großen wirtschaftlichen Kämpfe erfolgreich bestehen kann oder nicht. Es muß deshalb die Sorge aller unserer Mitglieder sein, mehr als bisher für eine größere Ansammlung von Kampfergien durch erhöhte Beitragsleistung zu sorgen.

Der Wucher mit Kohle und Eisen.

In Nr. 273 der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht Erich Dahlhoff, Berlin, unter der obigen Ueberschrift einen Artikel, in welchem er nachweist, daß der Kohlenpreis um 4600 Mk. und der Stabeisenpreis um 40 000 Mk. für die Tonne zu hoch berechnet ist. Da der Eisen- und Kohlenpreis eine der wichtigsten Grundlagen ist für die Preisbildung aller anderen Erzeugnisse, so kann diese Ueberpreisforderung gar nicht scharf genug beurteilt werden. Die unerhörte Verteuerung aller Waren ist die Folge. Es ist deshalb höchste Zeit, daß diesem Wucher mit allen Mitteln entgegengetreten wird. Lassen wir Dahlhoff selbst sprechen: „Mit Wirkung ab 16. November 1922 ist der Preis für die Standardkohlenforte, die Ruhrfördertkohle, auf 14 011 Mk. pro Tonne festgesetzt worden. Das ist das 1167 fache des Vorkriegspreises. Die letzte ab 15. November in Kraft getretene Lohnerhöhung betrug, auf die Tonne umgerechnet, durchschnittlich 1240 Mk., die festgesetzte Preiserhöhung aber 5897 Mk. pro Tonne. Vor dem Kriege kostete die Tonne Ruhrfördertkohle 12 Mk. Hieron entfielen auf den Materialkostenanteil 3,30 Mk., der Rest entfiel auf den Lohnanteil und auf den Gewinn der Unternehmer. Der Materialkostenanteil usw. gliederte sich in:

Gruppe 1:	
Holz	0,70 Mk.
Materialien	0,40 "
Diverses	0,12 "
Abschreibungen	1,20 "
Steuern und öffentliche Lasten	0,42 "
2,84 Mk.	
Gruppe 2:	
Pensions- und Krankenbeiträge	0,26 "
Unfallversicherungsbeiträge	0,15 "
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	0,05 "
0,46 Mk. 3,30 Mk.	

Rechnen wir für die 1. Gruppe eine den tatsächlichen Verhältnissen mehr als ausreichende Rechnung tragende Steigerung um das 1000 fache (das ist die Steigerung der Großhandelspreise Mitte November) und für die 2. Gruppe eine Steigerung um das 150 fache, so ergibt sich für den gesamten Materialkostenanteil ein Betrag von 2909 Mk. und unter der Annahme, daß die vom Reichskohlenverband angegebene abschätzige Förderleistung von 552 Kilogramm pro Kopf und Schicht richtig ist, ergibt sich für die Berechnung des Kohlenpreises unter Zugrundelegung des niedrigsten Hauerschlachtlöhnes im Ruhrrevier als Durchschnittslohn für die gesamten dort gezahlten Löhne folgende Selbstkostenrechnung:

Lohn pro Schicht	1867,50 Mk.	pro Tonne
Gehaltsanteil pro Schicht	149,40 "	Förderleistung
2016,90 Mk. 552 kg		8658,80 Mk.
Umrechnung auf den Lohnanteil für Fördertkohle im selben Verhältnis wie der Durchschnittserlös aller Kohlenforten an der Ruhr über den Fördertkohlenpreis liegt.		
(Nach Angabe des Reichskohlenverbandes wie 118:100)	3288,50	
Materialkosten usw. wie oben errechnet.	2909,—	
Unternehmergewinn (gestiegen im selben Verhältnis wie die Löhne)	806,50	
		6448,— Mk.
Kohlensteuer	40 Proz.	
Umsatzsteuer	2 "	
Handelsnuzen	8 "	
		2901,60 "
Abgabe zum Bau von Bergmannswohnungen		72,— Mk.
Abgeltung eines früher entstandenen Lebensmittelzuschlages		2,— "
		9423,60 Mk.

Der ab 16. November gültige Kohlenpreis ist also nach dieser Schätzung um rund 4600 Mk. für die Tonne zu hoch. Ähnlich verhält es sich mit den Stabeisenpreisen. Der Stabeisenpreis beträgt ab 15. November 203 000 Mk. für die Tonne. Das ist rund das 2050 fache des Vorkriegspreises.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts betrug die Einfuhr an Eisenerzen in den Monaten Januar bis einschließlich August dieses Jahres rund 7 Millionen Tonnen. Hierzu kommt ein Roheisen-Einfuhrüberschuß von rund 450 000 Tonnen oder im Eisenerz umgerechnet (1 Tonne Roheisen = 2 Tonnen Eisenerz) 900 000 Tonnen. Insgesamt sind also in diesen 8 Monaten 7,9 Millionen Tonnen Eisenerz eingeführt worden. Die deutsche Eisenerzzeugung, die uns nach Verlust der Eisenerzlager in Lothringen und in Oberschlesien geblieben ist, beträgt nach denselben Angaben in der gleichen Zeit rund 4,5 Millionen Tonnen. Der Anteil der eingeführten Erze beträgt also 63,7 der gesamten Erzmengen, die in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres zur Verfügung stand und wohl auch verbraucht worden ist. Nun beträgt der Anteil des Erzpreises am Stabeisenpreis etwa 50 Proz., der Anteil der ausländischen mit fremder Valuta zu bezahlenden Erze also etwa ein Drittel des Gesamtpreises. Nur dieses eine Drittel des jetzt geltenden Stabeisenpreises steht also in direktem Zusammenhang mit den Devisenkursen. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß der Erzpreis um 50 Proz. gegen die Vorkriegszeit gestiegen ist. Bei einem Dollarstand von 8400 ist also nicht eine 2000 fache, sondern eine 3000 fache Steigerung der Erzpreise vorhanden. Versuchen wir nun an Hand dieser Feststellungen den Stabeisenpreis zu errechnen, so ergibt sich folgende Rechnung:

Wer nicht einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag an die Verbandskasse abführt, schädigt nicht nur sich und die gesamte Textilarbeiterschaft, sondern er fördert auch indirekt die Unternehmerinteressen!

Wortkriegspreis	ML.	Ab 15. November 1922	
Anteil der Ausländerge	83,—	Bei einem Dollarstand	ML. 88 407,—
Kohlenanteil (2,75 Tonnen)	83,—	Zum Preise ab 16. November 1922	88 530,—
Inländerge			
Frachten			
Betriebsmaterialien			
Ersatz- und Reserveartikel			
Feuerfestes Material	83,—	Durchschnittssteigerung um das 1000fache	88 000,—
Löhne und Gehälter			
Gewinne			
Wertsteigerung			
	99,—		159 987,—
		Umsatzsteiger 8 Proz.	4 798,—
			164 785,—

Um rund 40 000 ML. für die Löhne ist also nach dieser Rechnung der ab 15. November geltende Stabespreisen zu hoch. Selbst wenn der Anteil der Ausländerge um ein geringes größer sein sollte, ist die Ueberbewertung immer noch gewaltig. Berücksichtigt man ferner die Tatsache, daß die Kohlengruben und Walzwerke sich heute sehr oft in einer Hand befinden, so kann man sich ein ungefähres Bild von den ungeheuren Gewinnen machen, die Stinnes und Konsorten heute einheimen. Die Erhöhung der Kohlenpreise muß zur Begründung der Preiserhöhungen für Walzwerke dienen und umgekehrt. Beide treiben dann das ganze Preisniveau maßlos in die Höhe.

Nach dem Gesetz hat der Reichswirtschaftsminister die Berechtigung, Preisfestsetzungen gegenüber, die nach seiner Ansicht unangemessen sind, einzugreifen.

Leider hat der Reichswirtschaftsminister von seinem Recht keinen Gebrauch gemacht. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er aus einem etwas überparteilichen Verantwortungsgesühl mit Rücksicht auf innerpolitische Krisen, die aus seinem Eingreifen entstehen könnten, handelt. Wie dem auch sei, es muß jetzt, nachdem die Kreise um Stinnes bewiesen haben, daß sie keinerlei Rücksicht auf die Allgemeinheit und auf entstehende Krisen kennen, der Kampf gegen die Profitgier mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufgenommen werden. Die bisherige Wucherbestrafung geschiedt leider immer noch unter dem Motto: „Die kleinen Diebe hängt man auf, die großen läßt man laufen.“ Es ist allerhöchste Zeit, daß endlich einmal Ernst gemacht wird mit der Sozialisierung des Bergbaues und der Schiffsindustrie. Die Hungerkrawalle im Rheinland sind Sturmzeichen, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Frauen als Schöffen und Geschworene.

Durch Annahme des Gesetzes vom 25. April d. J., das die Frauen zum Laienrichtertum zuläßt, ist den Frauen vom Reichstag ein weiteres Stück staatsbürgerlicher Gleichberechtigung zugestanden worden. Durch Annahme dieses Gesetzes, das seinerzeit stark umstritten war, ist grundsätzlich mit der Auffassung gebrochen, daß lediglich der Mann die nötige Objektivität besitze, ein Richteramt auszuüben. Diejenigen, die glaubten, den Frauen die Befähigung dafür abzuspornen zu müssen, übersehen ganz, daß ja bereits seit 1918 Frauen in den Schlichtungsstellen mitarbeiten und eine dem Richteramt recht ähnliche Tätigkeit in durchaus befriedigender Weise ausüben. Da das Gesetz aber nun da ist und Rechte und Pflichten von besonderer Bedeutung für die Frauen bringt, ist es notwendig, daß unsere Kolleginnen wenigstens über die den Frauen als Laienrichter (Schöffen und Geschworene) zufallenden Aufgaben Kenntnis erhalten.

Das Amt eines Schöffen und Geschworenen ist ein Ehrenamt, und wer Neigung und Verständnis für die Aufgaben hat, und die nötige Zeit dafür aufbringen kann, sollte sich, wenn die Aufforderung an ihn ergeht, zur Uebernahme eines Amtes bereit erklären. Zunächst können nur solche Frauen Schöffen oder Geschworene werden, die mindestens 30 Jahre alt sind. Ihre Tätigkeit beträgt im Jahre etwa 4 Tage, für die eine Vergütung gezahlt wird. Dann müssen sie Deutsche sein, seit 2 Jahren ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, für die die Urliste aufgestellt ist. Nur unter diesen Voraussetzungen darf das Amt ausgetübt werden.

Abgelehnt darf es werden von Personen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und von solchen Frauen, welche glaubhaft nachweisen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert. Ueberhaupt nicht zugelassen werden Personen, die entmündigt, und solche, die nicht mehr im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Bestimmte Berufe wie Ärzte, Hebammen, Krankenpflegerinnen haben stets das Ablehnungsrecht. Die Schöffengerichte werden bei den Amtsgerichten gebildet. Sie sind zuständig für Ueberretungen, für geringere Vergehen, die mit Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten belegt werden, Hausfriedensbruch und anderes. Die Schöffengerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen, der eine Schöffe muß ein Mann sein. Die Schöffen werden in der ersten Sitzung vereidigt, gewissenhaft ihre Pflicht zu tun und nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Den Vorsitz übernimmt der Amtsrichter. Die Schöffen haben aber auch das Recht, Fragen an die Angeklagten, die Zeugen usw. zu richten. Das Urteil fällen die Schöffen gemeinsam mit dem Amtsrichter.

Die Schwurgerichte sind den Landgerichten angegliedert. Sie treten nach Bedarf zusammen und sind für schwere Verbrechen: Mord, Brandstiftung, Münzfälschung, Abtreibung, schwere Rupperei usw. zuständig. Sie bestehen aus drei Berufsrichtern und zwölf Geschworenen. Spätestens zwei Wochen vor Beginn der Sitzungen des Schwurgerichtes werden 30 Geschworene ausgelost. Da für die Sitzungen aber nur zwölf Geschworene notwendig sind, werden die zwölf Geschworenen aus den 30 zur Sitzung geladenen Personen wiederum ausgelost. Denn sowohl Staatsanwaltschaft wie Angeklagte haben das Recht, Geschworene abzulehnen. Die ausgelosten zwölf Geschworenen bilden die Geschworenenbank, werden vereidigt, wählen sich einen Obmann, sie müssen bei der Verhandlung anwesend sein und haben das Recht, Fragen zu stellen. Die Geschworenen entscheiden über die Frage „Schuldig“ oder „Unschuldig“, auch darüber, ob mildernde oder erschwerende Umstände vorliegen. Sie beraten darüber in einer besonderen Sitzung. Das Strafmaß aber setzen die Richter fest. Lauter der Spruch der Geschworenen auf „Nichtschuldig“, so muß der Freispruch erfolgen, im anderen Falle erfolgt die Festsetzung der Strafe.

Durch dieses Gesetz ist den Frauen der Weg zu weiteren Zielen geebnet. Obwohl für die Schöffen wie die Geschworenen besondere juristische Vorkenntnisse nicht erforderlich sind, werden sich vermutlich, wenn überhaupt, nur sehr wenige Frauen aus Arbeiterkreisen zur Uebernahme solcher wichtigen Ämter bereit finden. Das ist um so bedauerlicher, als sich ihnen hier ein Gebiet erschließt, in dem die in praktischen Berufsleben stehenden Frauen die Interessen der weiblichen Bevölkerung als Rechtssprechende in besonderem Maße wahrnehmen können. Die Frau als Richter wird in vielen Fällen, namentlich wenn es sich um Frauen und Jugendliche handelt, äußerst segensreich wirken. Sie wird auch wahrscheinlich dann, wenn es sich um Robeits- oder Sittlichkeitsdelikte handelt, einen weit strengeren Standpunkt vertreten als der Mann. Auch das ist überaus wichtig. Denn von ihr wird für das Richteramt nur dasselbe verlangt wie vom Manne, nämlich ein gesundes und natürliches Rechtsgefühl, gepaart mit gesundem Menschenverstand und Rechtsempfinden. Beides ist den Frauen genau so eigen, wie den Männern, und deshalb ist von der Hinzuziehung der Frauen zum Richteramt für die Gesamtheit des Volkes nur Gutes zu erwarten. Den Arbeiterinnen erwächst die Aufgabe, sich darüber klar zu werden,

welche Nachteile für die Arbeiterklasse darin zu erblicken sind, daß es nur sehr wenige Arbeiterinnen sein werden, die sich zur Uebernahme eines solchen Amtes bereit finden werden. Es ergibt sich bei jedem neuen Recht, welches den Frauen gegeben wird, immer wieder die Notwendigkeit, die Arbeiterinnen darauf hinzuweisen, daß sie Rechte ausüben lernen müssen. Sie müssen lernen, ihre Rechte richtig anzuwenden, wenn sie nicht dauernd sich selbst ausschalten wollen. Unseren Funktionärinnen ist zu empfehlen, bei Zusammenkünften der Arbeiterinnen auch die Aufgaben der Frauen als Schöffen und Geschworene gelegentlich zu besprechen.

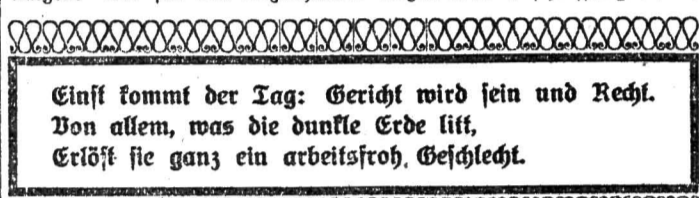
Martha Hoppe.

Die Wirtschaftslage der Textilindustrie.

Spinn- und Webstoffgewerbe.

Obwohl die Arbeit auch im Oktober noch im ganzen unverändert lebhaft fortgeführt werden konnte, erhöhte das ununterbrochene Anschwellen der Gesteuerungskosten die Kapitalnot und zwang zur Betriebseinschränkung; teilweise hat sich das Schwinden des Einganges an neuen Aufträgen zu völligem Daniederliegen des Inlandgeschäftes verschärft; Betriebseinschränkungen sind porerst aber noch vereinzelt, obwohl die Melbungen zunehmen. Ein typisches Kennzeichen der Lage ist es, daß immer mehr zur Lohnarbeit übergegangen wird, im sächsisch-thüringischen Webereibezirk, in der Wägener Tuchindustrie und in anderen Textilzentren bieten sich zahlreiche Lohnwebereien an.

Die Steigerung der Gesteuerungskosten hält nicht nur die Belegung des Auslandsabfahes hinten, sondern führt selbst zu einem Eindringen der Auslandskonkurrenz auf dem deutschen Binnenmarkt (Berichte aus der Kammerindustrie). Nur vereinzelt wird darauf hingewiesen, daß es gelang, Lohnpinnerel aus dem Ausland zu erlangen. Die für den Textilhandel eingetretene Erschlaffung wurde



an einzelnen Tagen etwas belebt, wenn das Sinken der Mark auch für die jetzige überführte Abwärtsbewegung außerordentlich stark war.

Nach 419 Berichten an das Reichs-Arbeitsblatt waren von 193 000 Beschäftigten 59 v. H. gegen 68 v. H. im Vormonat in gut beschäftigten Betrieben tätig, 27 v. H. gegen 23 v. H. im September gehörten Betrieben mit befriedigendem Geschäftsgang an. Die Abnahme der gut beschäftigten Fabriken und die Zunahme der schlecht beschäftigten von 8 v. H. auf 13 v. H. ist ein deutlicher Ausdruck für die einsetzende rückläufige Bewegung. Im Vorjahr waren unter den berichtenden Betrieben 67 v. H. gut beschäftigt, 24 v. H. befriedigend und nur 6 v. H. kennzeichneten die Lage als schlecht. Die durch die Teuerung gestiegenen Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung haben nach den Berichten der Landesarbeitsämter vor allem bei kleinen und mittleren Betrieben in Schlesien und im Rheinland bereits in der ersten Oktoberwoche zu Entlassungen geführt. Verkürzungen der Arbeitszeit wurden aus Hamburg, Buzlau, Hirschberg, Landeshut, Bamberg und aus dem Freistaat Baden gemeldet, für Berlin waren ebenfalls einzelne Stilllegungen und Betriebseinschränkungen zu verzeichnen. In der zweiten Oktoberwoche mußten an einzelnen Orten Württembergs Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden. Im Reichenbacher Bezirk mußten kleinere Betriebe zur Arbeitsverkürzung schreiten, ebenso in Lauban und Friedland. In der Kreisfelder Samtbandindustrie lagen nach Zeitungsnachrichten viele Stühle still. Eine Gutsirchner Tuchfabrik beschränkte die Arbeitszeit auf 40 Stunden. Im letzten Monatsdrittel nahmen in Schleien die Betriebseinschränkungen zu. In der Provinz Brandenburg mußte die Hut- und Leinenindustrie in vielen Betrieben mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten, Einführung von Kurzarbeit wurde aus Bonn, Ansbach, Bamberg, aus Färbereien im Freistaat Sachsen gemeldet. Arbeiterentlassungen fanden in Biegnitz, in Ratingen i. Rhld. und in Augsburg wie in Göbpa statt. Nach Berichten an das Reichs-Arbeitsblatt beträgt die Arbeitszeitverkürzung z. B. in den Band- und Spitzenfabriken wie Katun- und Kreuzeisen 24 Stunden in der Woche.

Neben der Materialknappheit machte sich Brennstoffnot und Wagenmangel fühlbar. Die Verteuerung der böhmischen und englischen Kohle macht sich verhängnisvoll fühlbar. Der ganzen Belegschaft der mechanischen Baumwollspinnereien in Raupbeuren i. Allg. wurde nach einer Zeitungsmeldung vom 11. November gekündigt, weil der Betrieb aus Mangel an Rohstoffen stillgelegt werden muß. In Zweibrücken legte eine Seidenstoffweberei ihren Betrieb infolge Rohstoffmangels teilweise still. Der unaufhaltsame Marktrückgang hat eine derartige Verteuerung der Textilrohstoffe zur Folge, daß selbst die Mittel kapitalkräftiger Firmen nicht mehr dazu ausreichen, um Käufe im vollen Umfange des Bedarfs vorzunehmen. Das Kilo Baumwolle, das 1914 mit 1,30 bis 1,35 ML. bezahlt wurde, kostete am 26. Oktober in Bremen 2,57 ML. Dies entspricht einer Verteuerung etwa um das Zweitausendfache. Ein Ballen Baumwolle von 500 Pfund Gewicht kostete daher heute etwa 650 000 ML., gegen 330 ML. vor dem Kriege. Wenn man annimmt, daß von den etwa 9 1/2 Millionen Baumwollspinneln, über die Deutschland nach dem Verlust des Elsaß heute verfügt, etwa 8 bis 8 1/2 Millionen in Betrieb sind, so würde der normale Durchschnittsbetrieb an Baumwolle im Monat etwa 25 Millionen Kilo oder 100 000 Ballen zu 500 Pfund betragen. Dies würde bei einem Baumwollpreis von 2600 ML. einem monatlichen Kapitalbedarf der Spinnereien von etwa 65 Milliarden Mark oder einem Jahresbedarf von 780 Milliarden Mark entsprechen.

In der Baumwollindustrie ist im Regierungsbezirk Münster der Auftragsbestand bei den meisten Betrieben nur noch gering, er reicht nur noch wenige Wochen aus. Geschäftstillstand und Geldknappheit verhinderten verschiedene Betriebe, die benötigten Rohstoffe und Garne zu kaufen. Der Baumwollvorrat hat sich erheblich verringert. In Bremen lagerten am 20. Oktober nur noch 75 000 Ballen gegen 185 000 am 4. August und 103 000 Ende September (Bericht der Handelskammer Münster). Im M.-Glabacher Bezirk stehen Betriebseinschränkungen bei den Baumwollspinnereien bevor. Im Augsburger Bezirk hat sich bei einzelnen Betrieben bereits die Notwendigkeit ergeben, an einem Tage der Woche den Betrieb zur Streckung der vorhandenen Rohmaterialien und der älteren Auftragsbestände ruhen zu lassen. Lebhaft Klagen über Verringerung des Abfahes, besonders nach einzelnen Auslandsstaaten, werden von den Baumwollspinnereien des Bayreuther Bezirks laut, doch scheint in den letzten Tagen teilweise eine Hebung des Abfahes eingetreten zu sein. Die Konkurrenz der englischen Baumwollspinner hat sich im Oktober stark fühlbar gemacht (Handelskammer Münster).

Die mechanischen Buntwebereien sind in den Bezirken Augsburg wie Nürnberg zwar noch günstig beschäftigt, doch muß der spärliche Auftragsgang in Bälde zu einem Nachlassen des Geschäftstandes führen.

Auf den Wollmärkten des Auslandes ist Deutschland im Oktober wegen der Marktenwertung zur Zurückhaltung gezwungen gewesen. Der deutsche Wollmarkt liegt seit Wochen sehr ruhig; er ist, wie der Berliner Handelskammerbericht betont, nach der Devisen-

ordnung fast ganz zum Stillstand gekommen. Auch die Handelskammer M.-Glabach verweist auf das schlechte Lagergeschäft der Tuchwebereien im Berichtsmonat. Wollspinnereien, Kammeren und Tuchfabriken sind im allgemeinen noch gut beschäftigt, doch werden neue Verkäufe nur in geringstem Umfange getätigt. Die Wägener Streichgarnspinnereien müssen in nächster Zukunft wegen der Geringfügigkeit der neuen Auftragsgänge zur Arbeitsstreckung schreiten. Die Wägener Tuchindustrie hat bei der sprunghaften Preisentwicklung teilweise verlustbringend mit der Aufarbeitung älterer Aufträge zu tun. Die Auslandsaufträge sind auch hier schlecht, da die ausländische Konkurrenz das deutsche Angebot zu unterbieten in der Lage ist. Die Brennstoffversorgung der Wägener Tuchfabriken konnte trotz Schwierigkeiten befriedigend gelöst werden.

Im Gegensatz zur allgemeinen Lage der Spinnstoffindustrie gestalteten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Kunstwollspinnereien (Handelskammerbezirk Remscheid) im Oktober besser; es gingen genügend Aufträge ein.

In der Bielefelder Leinenindustrie mußten die Webereien wegen des starken Rückganges an Aufträgen die Erzeugung zum größten Teil auf Lager nehmen, ein Verfahren, das bei dem herrschenden Kapitalmangel nicht lange fortgeführt zu werden vermag. Die Flachspinnereien konnten in der ersten Hälfte des Monats ihre Erzeugnisse noch zu den stark gestiegenen Preisen unterbringen, seit Mitte des Monats stoft der Absatz jedoch vollständig. Auch für die Niederlausitzer Leinenindustrie ist der Bestellungenrückgang kennzeichnend; hier mußten bereits Betriebseinschränkungen vorgenommen werden. Die Aufrechterhaltung des Auslandsgeschäftes, insbesondere der Export nach den Vereinigten Staaten, wird, wie der Handelskammerbericht betont, durch die Ausfuhrabgabe sehr gehemmt.

Die Hanfpinnereien und Bindfadenfabriken des Augsburger Handelskammerbezirks arbeiten an Auftragsrückständen und, zum kleinen Teil, bereits auf Lager.

Die Seidenindustrie Krefelds steht in ausgesprochener Abflacherie; der Markt ist bis auf weiteres nicht in der Lage, die durch die Wiederbeschaffungskosten bedingten Preise zu bezahlen. So mußte die Industrie teilweise bereits zu Arbeiterentlassungen und Arbeitsstreckung greifen. Die Kramattenstoffwebereien haben noch mit der Ausführung älterer Aufträge zu tun. Die Samtindustrie muß wegen Mangel an neuen Aufträgen in Kürze mit Einschränkung der Arbeitszeit rechnen; ein Teil der Betriebe hat bereits Arbeitsverkürzungen in nicht unbedeutlichem Umfange vorgenommen. In der Maschinenflöppelindustrie des Wuppertales hat die Inlandnachfrage wesentlich nachgelassen.

Im allgemeinen hat die Beschäftigung der Textilveredelungsindustrie im Berichtsmonat weitaus abgenommen. Der Rückgang im Auftragsgang nahm bei zahlreichen Betrieben einen derartigen Umfang an, daß viele Veredelungsanstalten nur noch 3 oder 4 Tage in der Woche zu arbeiten vermögen. An verschiedenen Plätzen mußten bereits Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. — Die mangelhafte Belieferung mit Rohle und besonders die mangelhafte Beschaffenheit zwang verschiedene Betriebe tageweise zu Betriebsstilllegungen. Inländisches Lehnatron und falc. Soda waren wieder äußerst knapp; die fehlenden Mengen aus dem Auslande zu beschaffen ist unter den gegenwärtigen Salutarverhältnissen kaum mehr möglich. (Reichs-Arbeitsblatt Nr. 15.)

Kommunistischer Betriebsrätekongreß.

Vom 23. bis 25. November hat in Berlin der mehrmals vorhergehene Kongreß der kommunistischen Betriebsräte stattgefunden. Es waren wohl gegen 700 Betriebsräte vertreten. Gegenüber dem Lamtam, den die Kommunisten diesem Kongreß vorausgehen sehen, eine recht mäßige Zahl. Der Kongreß entwickelte eine ziemlich Regsamkeit in der Annahme von Resolutionen. Daß die Gewerkschaftsführer und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei für die gegenwärtige Notlage der Massen verantwortlich gemacht wurden, verweist sich am Rande. Dies ist nun einmal den Kommunisten in ihr Manifest hineingeschrieben worden, und von diesem dürfen sie nicht abweichen. Der Erfolg des Kongresses dürfte zu seinem Aufwand ein recht wenigeres Ergebnis zeitigen. Zur Verringerung der gegenwärtigen Verhältnisse gehört eben doch etwas mehr. Der Ausgang steht zu den breitsprigigen und großsprecherischen Anfangsbildungen in keinem Verhältnis.

Der Kongreß erhielt auch vom „Textilarbeiterverband Münchenberg“ ein Begrüßungstelegramm, das mit richtigem Stolz versehen wurde. Da unserer Verbandsleitung eine Ortsgruppe Münchenberg nicht bekannt ist, so liegt die Vermutung nahe, daß es sich um eine zukünftige Ortsgruppe unseres Verbandes handelt, die die Kommunisten mit ihrem neuesten Fernrohr auf dem Mond entdeckt haben und mit der sie in regem funktentelegraphischen Gebankenaustausch sich befinden.

Aus der Textilindustrie.

Kurzarbeit in der Textilindustrie Deutschösterreichs. Die Union der Textilarbeiter Deutschösterreichs hat eine Zusammenstellung der Kurzarbeit in der Textilindustrie gemacht. Die allerdings auf Vollständigkeit noch nicht Anspruch erhebende Arbeit ist im Wiener „Textilarbeiter“ Nr. 29 wiedergegeben und zeigt geradezu erschütternd auf, welches Elend herrscht. In einer Tabelle werden 53 Unternehmungen angeführt, die alle bis auf zwei verkürzt arbeiten, in 18 Fällen sogar nur 24 Stunden, in 17 Fällen 30 oder 32 Stunden in der Woche, acht davon seit dem Frühjahr (Januar, Februar, März 1922). Außerdem aber sind in 19 Fällen noch 1221 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden, der Zweck der Kurzarbeit also trotzdem nicht voll erreicht worden. Nicht weniger wie 13 245 Beschäftigte arbeiten verkürzt. Zwei andere Betriebe, hier nicht mitgezählt, sind ganz stillgelegt worden und 1400 Menschen dadurch brotlos gemacht. Außerdem standen in Wien allein Anfangs November 1244 Personen auf dem Stande des Arbeitslosenamtes der Textilindustrie, nicht gerechnet die nichtbezugsberechtigten Arbeitslosen. Die traurige Lage wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß von rund 58 000 Mitgliedern der Union der Textilarbeiter 32,9 Prozent verkürzt beschäftigt oder arbeitslos sind. Es zeigt sich, wie selbst die weitestgehende Solidarität der Arbeiterschaft, durch Kurzarbeit zum Ausdruck gebracht, das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht zu vertreiben vermag. Der Sturz der deutschen Mark, die Genfer Protokolle und das passive Verhalten der Unternehmer tragen die Schuld an diesen Erscheinungen. Die Unionsleitung ist gegenwärtig daran, wieder jene Entschädigungseinrichtung zu schaffen, die während des Krieges mit den Baumwollindustriellen bestand und unter Beihilfe der Regierung den Kurzarbeitern eine gewisse Entschädigung brachte. Ein paritätisches Komitee ist bereits eingesetzt, um eine Unterstützungsaktion einzuleiten und den durch Kurzarbeit Herbeigekommenen Hilfe zu leisten. Allein was kann daraus werden? Solchem Mafsenelend gegenüber muß wohl mit anderen Mitteln beigekommen werden. Die Ursachen müssen abgestellt werden.

Lohn-Spinnaufräge und Spinnlöhne. Laut Mitteilung der Außenhandelsniederstelle für Baumwolle mehrten sich in letzter Zeit in den Baumwollspinnereien Nordwestdeutschlands die Lohn-Spinnaufräge für holländische Rechnung. Diese Tatsache ist an sich begründenswert, jedoch mußte die Beobachtung gemacht werden, daß die Spinnlöhne mehr und mehr heruntergedrückt werden. Die Außenhandelsniederstelle für Baumwolle ist verpfändigt, bei der Handlung dieser Aufträge ihr Augenmerk darauf zu richten und falls keinesfalls Anträge genehmigen, bei denen der Spinnlohn hinter den inländischen Durchschnittslöhnen zurückbleibt.

Eine neue malaische Faser wird soeben in Manchester, wie das Organ der Hirsch-Duncker'schen Textilfabrikanten, Nr. 24, von dem Vorsitzenden der Arghan Company im Muster vorgeführt. Dem Urteil der Sachverständigen nach soll die Faser von außerordentlicher Haltbarkeit sein. Auch die Anbauart soll sehr gut sein.

Die textile Forschung ist in Gefahr. So erklärt die Leipziger „Wochenchrift für Textilindustrie“ in Nr. 48 vom 28. November. Sie gibt Mitteilungen der Handelskammer zu Chemnitz wieder. Daraus ist zu entnehmen: Ende 1917 ist das deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden gebildet worden. Dort arbeiten Wissenschaftler verschiedener Richtung, so Biologen, Chemiker, Physiker und Technologen Hand in Hand. Die Leitung hat Prof. Dr. Ernst Müller, ein bekannter Wissenschaftler auf dem Gebiet der mechanischen Technologie. Vierteljährlich berichtet die Institutszeitung „Textile Forschung“ über die Forschungsarbeiten. Zwischenzeitlich wird der tägliche Bedarf der Textilindustrie an Untersuchungen, Ausarbeitungen und Auskünften befriedigt. Von besonderem Wert sind im letzten Jahre die Arbeiten des Dresdener Instituts für die Jute-, die Hanf-, die Kunstseide- und die Wolllindustrie gewesen; aber auch für Baumwolle und deren Ersatz, für Kapot und für die Seide sind wichtige Arbeiten gemacht worden, desgleichen für Flachsaufbereitung, Flachsbleiche, Kotonisierung und Zellstoffgewinnung. Heute ist wegen der Geldentwertung das Institut in Gefahr geraten. Das Institut braucht viel größere Zuwendungen, als durch die erhöhten Mitgliedsbeiträge einkommen. Es muß eine dauernde und sichere Einnahmequelle haben. Darum soll sich nach den Ausführungen der Handelskammer Industrie und Handel Sachsens zusammen und gemeinsam einen größeren Teil der Unterhaltungsarbeiten ausbringen. Dann wird auch die Reichsregierung bzw. die Staatsregierung mehr tun als bisher. Das wichtigste und nötigste ist daß alle Textiltente einsehen lernen, daß dieses Institut selbstverständlich nicht jedem einzelnen von direktem und greifbarem Nutzen sein kann, sondern daß es hauptsächlich fürs Ganze arbeitet, durchaus vaterländisch, durchaus nur für die heimische Industrie und in deren Interesse. Ferner muß bedacht werden, daß der Nutzen eines solchen Instituts sich nicht in Zahlen wie auf der positiven Seite einer Geschäftsbilanz zeigen kann.

Kapitalerhöhungen in der Textilindustrie.

Tetra Aktiengesellschaft in Chemnitz. Die in Dresden abgehaltene außerordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig die Erhöhung des Grundkapitals um 3 auf 6 Mill. Mark. Die neuen Aktien werden zu 130 Proz. an den Chemnitzer Bankverein mit der Maßgabe begeben, sie den alten Aktionären dergestalt zum Bezuge anzubieten, daß auf drei alte Aktien zwei neue zum Kurse von 150 Proz. entfallen. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Oktober 1922 ab an der Dividende teil. Nach Mitteilung der Verwaltung habe sich das Unternehmen mit Rohstoffen rechtzeitig eingebedeckt, gegenwärtig seien 42 Stühle im Betrieb und bis Ende des Jahres würden es etwa 90 sein. Aufträge liegen zu freibleibenden Preisen genügend vor.

Vogtländische Tüllfabrik, Aktiengesellschaft in Plauen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 8 400 000 M. auf 15 750 000 M. Von den ab 1. Juli 1922 dividendenberechtigten Stammaktien wird ein Teil den alten Aktionären im Verhältnis von 4:3 zum Kurse von 180 angeboten.

Plauener Wäschefabrik, Aktiengesellschaft in Plauen. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals von 1 auf 3 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 150 Proz. im Verhältnis 1:1 angeboten.

Rheinische Möbelstoff-Weberei vormals Dahl u. Hunsche in Barmen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital um 28,2 Millionen Mark Stammaktien und 800 000 M. Vorzugsaktien auf insgesamt 40 Millionen Mark zu erhöhen. Die Vorzugsaktien haben in bestimmten Fällen fünfzehnfaches Stimmrecht. Die neuen Stammaktien werden von dem Webern-Konzern, das sie zu 180 Proz. übernimmt, den alten Aktionären zum Kurse von 200 Proz. im Verhältnis von zwei alten Aktien zu einer neuen angeboten. Die neuen Aktien nehmen für 1922 zur Hälfte an der Dividende teil. Wie die Verwaltung mitteilt, ist das Werk mit Aufträgen reichlich versehen, namentlich auch aus dem Auslande.

Rammgarn-Spinnerei Düsseldorf in Düsseldorf. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte den Abschluß eines Lohnspinnereivertrages mit der Wolf-Industrie- und Handels-Maschinenfabrik, Rotterdam. Die Verwaltung begründete dies mit der Schwierigkeit der Finanzierung der Rohstoffversorgung. Die holländische Gesellschaft finanziere den Rohstoffbedarf der Rammgarn-Spinnerei, die nach den Sätzen des deutschen Wollkammer- und Spinner-Verbandes für die holländische Gesellschaft die Lohnspinnerei betreibt. Eine Anzahl Großaktionäre der Düsseldorfer Gesellschaft hat die Aktien gegen solche der holländischen Gesellschaft eingetauscht, da die holländische Gesellschaft eine Beteiligung an der Düsseldorfer Gesellschaft zur Bedingung gemacht hat. Die Versammlung genehmigte weiter die Umwandlung der 1 Million Mark Vorzugsaktien in Stammaktien. Neu in den Ausschuss gewählt wurden die Herren Rechtsanwalt Hermann Fischer (Berlin) und Direktor Wehler von der Spinnerei Wernshausen.

Dauerwäsche Aktien-Gesellschaft in Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß, das Grundkapital zwecks Stärkung der Betriebsmittel um 2 auf 5 Millionen Mark durch Ausgabe von Stammaktien zu erhöhen. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Oktober 1922 ab an der Dividende teil (das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr) und werden von der Bankfirma Arthur Fabian zu 140 Proz. mit der Verpflichtung übernommen, sie den Besitzern alter Aktien zum Kurse von 190 Proz. in der Weise zum Bezuge anzubieten, daß auf drei alte zwei neue entfallen. Wie die Verwaltung mitteilt, ist die Gesellschaft in ihrem Hauptartikel Dauerwäsche gut beschäftigt, namentlich hat das Ausland, darunter in erster Linie Belgien, besonders aber Polen und Oesterreich große Aufträge erteilt.

Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 12 Millionen Mark vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigten Stammaktien. Davon werden 8 Millionen Mark von einem Konsortium übernommen mit der Verpflichtung, sie den alten Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 440 anzubieten. Restliche 4 Millionen Mark hat die Verwaltung nach Beschluß der Generalversammlung zu günstigen Bedingungen freihändig zu begeben.

Aktiengesellschaft Dichtenberger Wollfabrik in Berlin-Lichtenberg. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, das Aktienkapital um 8 Millionen Mark Stammaktien und 2 Millionen Mark 10proz. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht auf insgesamt 26 Millionen Mark zu erhöhen. 6,8 Millionen Mark neue Stammaktien werden den Aktionären zu 240 Proz. im Verhältnis 5:2 angeboten. Die Gesellschaft ist mit Aufträgen bis zum Frühjahr versorgt.

Amerikanische Baumwollwerke. Nach dem jetzt vorliegenden fünften Entförnungsbereich des Zensusbureaus über die diesjährige Ernte wurden bis zum 13. November d. J. 8 870 000 Ballen entfürnt gegen 7 274 000 Ballen gleichzeitig im Vorjahre, 8 914 000 Ballen im Jahre 1920 und 7 604 000 Ballen im Jahre 1919. Es wurden demnach seit dem letzten Bericht (1. November) 730 000 Ballen entfürnt gegen 628 000 Ballen gleichzeitig im Vorjahre. Zu beachten ist, daß die diesjährige Ernte früher als gewöhnlich begann. Ob man allerdings hieraus den Schluß ziehen darf, daß für die Zeit nach dem 13. November die Entförnungsergebnisse um so rascher und stärker ab-

fallen werden, erscheint etwas unsicher. Im vorigen Jahr wurden bei der notorisch kleinen Ernte nach dem 21. November noch rund 1 160 000 Ballen entfürnt, und es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß es diesmal weniger sein sollte als im Vorjahre, zumal man mit diesen 1 160 000 Ballen auf eine Ernte von rund 10 Mill. Ballen käme, ein Ergebnis, das ungefähr der Schätzung des Ackerbau-bureaus vom 25. September d. J. entspricht; diese Schätzung lautete bekanntlich auf 10 135 000 Ballen.

Soziale Rundschau.

Die Ergebnisse von Untersuchungen der Schulleute in Speyer

durch den dortigen Stadtarzt geben ein Bild von den verurteilten Wirkungen der Ernährungsnot in Deutschland. Es handelte sich bei der Untersuchung um Kinder, die nach der MZ, in der Zeit vom Mai 1915 bis zum Mai 1916 geboren wurden. Von 266 untersuchten Schulleuten wiesen 30 Proz. einen besserungsbedürftigen Ernährungszustand auf, 45 Proz. der Schulleute waren tuberkulös. Von der Untersuchung der Medizinalreferenten der Regierung sind in den pfälzischen Bezirken 95 Proz. aller Kinder als tuberkulös angesetzt zu bezeichnen. Bei 38 Proz. der Schulleute wird die Beschaffenheit des Blutes beanstandet. Bei 21 zeigen sich Zeichen der englischen Krankheit, 22 Proz. neigen zu Hautgeschwüren. Das Höchstgewicht bei Mädchen betrug nur 25 Kilogramm, das Mindestgewicht bei Mädchen 14,5 Kilogramm, bei Knaben 14,7 Kilogramm. Eine Reihe von Kindern hat als Wäsche nur noch schwach zusammenhängende Lumpen; vielfach sind auch die Füße mit ein paar Lumpen umhüllt. Vom Wechseln der Wäsche kann überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Berichte aus Fachkreisen.

Die Reihen der Alten lichten sich.

Berlin. Im blühenden Mai dieses Jahres wurden die sterblichen Reste unseres alten Kollegen Br. Scholz dem Feuer übergeben, an einem trüben Dezembertage (am 1.) an derselben Stelle der Weichmann eines seiner Kampfgesellen, des Kollegen Gustav Lehmann. 67 Jahre alt, ist Lehmann einer Herzschwäche erlegen. Die Jungen werden ihn kaum gefannt haben, den Alten, soweit solche aus seiner Jugendperiode noch vorhanden sind, wird er noch in voller Erinnerung an seine gewerkschaftliche Tätigkeit lebhaftig vor der Seele stehen — als Organisator mit festem Willen und unbeugbarer Entschlossenheit, als Verammlungsleiter zwar oft mit dem Worte ringend, doch treu und gewissenhaft seine Pflicht erfüllend und meist auch das Ziel erreichend, das er sich für die Verammlung gesteckt hatte. Kollege Lehmann war, gleich dem Kollegen Br. Scholz, der eine Zeitlang fast alle Weberverammlungen in Berlin leitete und im Verein mit anderen Pflichtgetreuen in exponierter Stellung beherrschte, in späterer Zeit der Leiter fast aller Weberverammlungen in Berlin. Er war auch einer der eifrigsten Organisatoren der Textilarbeiterschaft hier. Zunächst tätig in der Allgemeinen Stuhlarbeitervereinigung, einer aus Lohnmeistern und Gesellen zusammengefügten Organisation, dann in dem Organisationskomitee der Textilarbeiter und in dem inzwischen entstandenen Fachverein, in dem er lange Zeit eine führende Rolle spielte, machte E. alle Wandlungen der Organisationsformen mit durch, und, wie gesagt, meist in führender Stellung. Er war der erste Vorsitzende in der Berliner Filiale des Verbandes, in dem er bis zu seinem Ende Mitglied blieb. Von der Leitung zog er sich nun aber mehr und mehr zurück, in der Erkenntnis, daß er bei dem immer mehr in die Erscheinung tretenden jüngeren Nachwuchs mehr und mehr entbehrlich wurde. Wie von Scholz, bekam man auch von Lehmann die Ueberzeugung, daß ihm unbezahlte Pionierarbeit: großen Massen den Weg zu bahnen, wichtiger erschien als mit der Masse den gebahnten Weg zu gehen, die vermeintlich das auch ihm vorschwebende Ziel auch ohne ihn erreichen würde, weil der Weg zu diesem ja nun frei und gangbar sei. Ob das richtig war, darüber soll hier nichts gesagt sein. Schon Heine sagte: „Bescheidenheit ist eine Fier, doch kommt man weiter ohne ihr“. Das wußte auch Gustav Lehmann. Wenn er sich dennoch von leitenden Stellungen im Verbands fern hielt, so zeigte er damit, daß er sich mit seinen früheren Erfolgen begnügte, nicht weil sie ihn, wohl aber die Organisation weiter brachten. Und wenn es dann in der Organisation andere weiter brachten als er es gebracht hatte, so sah er nicht zu ihnen neidisch und scheel hinauf, sondern begnügte sich mit dem Bewußtsein, zu dem jetzigen Stande der Dinge nicht weniger beigetragen zu haben als seine Nachfolger, ja, daß diese zum Teil sogar sein Werk seien. — Am 1. Dezember sind nun, wie wir schon sagten, die sterblichen Reste Lehmanns dem Feuer übergeben worden. Damit ist aber nicht die Erinnerung an den bescheidenen und uneigennütigen Mann erloschen. Im Gegenteil: wenn einmal eine Geschichte der Weber Berlins geschrieben werden wird, wird sein Name für alle Zeiten verewigt werden. Was wir seinerzeit von Br. Scholz sagten, kann mit demselben Recht auch von Gustav Lehmann gesagt werden:

Leiber werden zu Erde,
Leiber werden zu Rauch,
Doch aus zahlreicher Herde
hält man nach uraltem Brauch
Einzelne hoch noch im Geiste
Und im Gedanken der Welt,
Und wer sich selber nicht preiste,
Wird dann gepriesen als Held.

Und zu diesen einzelnen gehört auch Gustav Lehmann. Er ist nun tot. Und auch sein toter Körper ist nun schon verweht. In der Geschichte wird er fortleben und so auch noch im Tode fortwirken.

Berlin. Die arbeitslosen und invaliden Mitglieder unserer Verammlungsstelle sollen zu Weihnachten eine Extraausstattung erhalten. Meldungen zum Empfang dieser Weihnachtsunterstützung müssen unter Vorzeigung der Verbandspapiere und Invalidenkarte bis zum 16. Dezember im Verbandsbureau, Andreasstraße 17, erfolgen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Bayreuth. Die Filiale Bayreuth hatte auf den 15. November für den ganzen Bezirk die sämtlichen Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Vorstände zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengerufen. Geschäftsführer Kollege Goller hielt einen längeren Vortrag über die wirtschaftliche Lage der deutschen Textilindustrie. — Gleich dem Referenten sprachen sich alle Diskussionsredner dahin aus, daß selbst in Zeiten wirtschaftlicher Not sich von dem Abschlußvertrag, dem Betriebsratsgesetz und anderen Errungenschaften die Arbeiter nichts nehmen lassen dürfen.

Brandenburg (Havel). Aus den Betrieben der Dampf-, Wasch- und Plättanstalten. Dummheit und Interesslosigkeit zeigt sich zu sonderbare Blüten, daß hier wieder einmal die daraus entstehenden faulen Früchte öffentlich gezeigt werden müssen. In der Dampfwasch- und Plättanstalt Rolandia, St. Annenstr. 33, Firma: Simon Spandau, gibt es Mustereprouren von Arbeitern, welche so wenig verdienen, daß sie sich kaum ein Viertelpfund Schmalz kaufen können. In der Germania-Wäscherei (Firma: Raabe) ist der Lohn nicht höher. Als auf eine Wahl einer Betriebsvertretung hingewiesen wurde, nahm Herr Raabe sein Hausrecht in Anspruch und wies dem Geschäftsführer unseres Verbandes die Tür. Diese Angelegenheit wurde der Gewerkepolizei übergeben. Da Herr Raabe sich auf die Konkurrenz der Firma Spandau stützte, um keine höheren Löhne zahlen zu brauchen, so wurde noch einmal der kühne Versuch unternommen, etwas nachzuhelfen. In einer Verhandlung erklärte Herr Spandau, daß, da seine Arbeiterfrauen nicht organisiert sind, er sich um Tarife nicht zu kümmern brauche. Und hier das Schönste von allem: mitten in der Verhandlung betonte ein Arbeiter, daß sie außer diesem Lohn noch die Erlaubnis hat, sich ihre eigene Wäsche hier waschen zu dürfen. — Da steht man machtlos da. Die Firma Spandau arbeitet meist für die Gipo, Sapo, Reichswehr usw. und traut sich da keine höheren Preise zu machen; solange die Arbeiterinnen so billig arbeiten, sagte selbst der Arbeitgeber, hält er seinen Betrieb aufrecht. Wie lange werden die Arbeiterinnen noch mitmachen, um solche Betriebe zu stützen, die anderen Betrieben als nachahmenswerte Muster dienen und unsere ganze Wirtschaft zum Ruin führen?

Neugersdorf in Sachsen. Drei Verbandsjubilare. Auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft zurückzuführen ist hier drei alten Mitreitern vergönnt. Es sind dies die Kollegen Reinhold Lucke, eingetreten am 1. Februar 1897, Hermann Jentsch, eingetreten am 9. April 1897 und Gustav Flammiger, eingetreten am 26. November 1897. In guten, aber auch in schweren Zeiten haben sie der Organisation unentwegt die Treue gehalten, und nicht dies allein, auch den größten Teil ihrer Mitgliedsdauer sind diese Veteranen aktive Mitstreiter an vorgeschobenen Stellen innerhalb des Verbandes gewesen, immer bereit, ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die Organisation dankt ihnen für ihre Treue und ihre Mitarbeit mit dem Wunsch, daß es ihnen vergönnt sein möchte, noch recht lange in körperlicher und geistiger Frische in den Reihen unseres Verbandes am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse tätigen Anteil zu nehmen. — Möchte ferner die treue und zähe Mitarbeit dieser Jubilare die Tausende jüngerer Kollegen und Kolleginnen zur Nachahmung anregen.

Schneeberg. In dem alten Bergstädtchen Schneeberg lebte die Arbeiterschaft noch in der weltbekannten erzgebirgischen Zufriedenheit dahin. Die hier vorwiegend vertretene Spitzenindustrie und Stickerie machte glänzende Geschäfte. Die Arbeiterschaft in Schneeberg und Umgegend glaubte mit wenigen Ausnahmen es in den früheren Jahren nicht notwendig zu haben, sich der Organisation anzuschließen, um sich für schlechtere Zeiten einen Rückhalt zu verschaffen. Der Weltkrieg brachte einen Umsturz und das Erwachen der Arbeiterschaft mit sich. Einen endlosen Kampf führt seitdem das Schneeberger Textilproletariat. Die Verhältnisse in bezug auf wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft haben sich indes nur sehr wenig zugunsten der Arbeiterschaft verändert. Die Unternehmer lassen sich jede geringfügige Erhöhung der Löhne nur in hartnäckigstem Kampfe abringen. Kein Wunder, daß bei der Arbeiterschaft helle Empörung Platz gegriffen hat. Mögen sich die Schneeberger Arbeiter und Arbeiterinnen ganz besonders in Gedächtnis einprägen, daß sie nur mit Hilfe der Organisation und auf ihre eigene Kraft bauend andere und bessere Zustände erringen werden. Darum steht geschlossen hinter eurer Gewerkschaft. An die wenigen Unorganisierten ergeht hiermit der dringende Appell: Schließt euch euren kämpfenden Arbeitsbrüdern und -schweftern in dem schweren Existenzkampf an und tragt bei zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse.

Deutscher Textilarbeiterverband, Ortsverwaltung Aue.

Zur Beachtung!
Wenn über vorhandene Betriebsmängel an den G.-B. Material von den Geschäftsführern oder von Kolleginnen eingesandt wird, empfiehlt es sich, die Namen der Betriebe anzugeben, wo vorhandene Mängel zu beseitigen sind. Mit Bemerkungen: „In fünf oder allen Betrieben in... fehlen Wascheinrichtungen“ usw. kann die vorgelegte Behörde der Gewerbeaufsichtsbezirke nichts anfangen. Arbeiterinnensekretariat.

An die Beitragsstehen.

Ist jetzt denn nicht recht hoch der Beitrag? Manche grunzen. Doch stecken ihren Lohn am Zahntag ein, sie schmunzeln. Zwar ist der Lohn gering zum Preise Allgemein. Doch auch der Beitrag stellt zum Lohne sich nur klein. Nicht kehrt der Preis sich an den Lohn, Wie wohl man weiß. Gerichtet sei der Lohn drum stets Gemäß dem Preis. Doch auch der Beitrag nach dem Preis Von schwerem Kampf Ob nah, ob fern er ist? Mir scheint Schon riech's nach — Dampf.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 10. Dezember, ist der 49. Wochenbeitrag fällig. Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Berlin. Delegation. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. nachmittags von 4 bis 5 Uhr, Stalljreiberstr. 39, Restaurant Schulz: Zahlung. Bernau. Montag, 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Fürstenwalde (Spree). Dienstag, 12. Dezember, im Gesellschaftshaus, Generalversammlung. Cöpenzig. Donnerstag, 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Schick, Neue Sorge.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Dorf. Hulda Gerbert; Moritz Schuster; Carola Grüner; Richard Köhler; Karl Philipp. Berlin. Emilie Sodei; Wilhelm Berner; Gustav Lehmann. Bietighelm. Karl Dettinger. Breslau. Florentine Pfeiffer. Carlsberg. Alma Pauline Köhler. Cunevalde. Emma Pech. Dresden u. Umg. Berta Förster; Erna Werner; Wilhelmine Bräunig; Meißner; Anna Gamm; Martha Böhme; Martha Langer; Jütten; Mag Hauswald; Hütten. Finsterwalde. Marie Müller. Geyer i. Erzgeb. Emil Werner, Tannenberg. Glauchau. Albert Hofmann. Großenhain. Ditto Illgen; Elisabeth Fiedler. M.-Gladbach-Rheindt. Heinrich Robens; Maria Kuhlens; Franziska Zimmermann; Johann Oders; Engelbert Müller; Hubert Hoch; Gertrud Uebels. Ceipzig. Franz Korinel; Franz Weinsty; Hulda Ronge; Marie Heidler; Margarete Eber; Pauline Kauerauf. Leubsdorf. Kurt Hennig; Schellendorf. Ludenwalde-Zinna. Paul Hermann. Nürnberg. Babette Seebert, Allersberg. Plauen i. V. Minna Damisch; Erno Grünert; Bruno Oberst; Martha Keil; Friederike Dabel. Reichenbach i. V. Alma Richter. Wilthen. Arthur Richter. Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 8. Dezember

Verlag: Karl Hübich in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefsel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.